

## ALGERIEN

Hardy Ostry | Marie-Christine Roux

Aufgrund seiner geografischen Besonderheiten und Position im Mittelmeerraum gehört Algerien zu der Kategorie Länder, die die Konsequenzen des Klimawandels bereits jetzt am meisten zu spüren bekommen und das, obwohl das Land mit 3,3 Tonnen pro Einwohner für den Zeitraum von 2009 bis 2013 nur einen schwachen Anteil an den weltweiten Treibhausgasemissionen hat.<sup>1</sup> Tatsächlich besetzt Algerien Platz 96 des 2014 Global Climate Risk Index<sup>2</sup> und wird 2014 vom Climate Change Vulnerability Index<sup>3</sup> als Risiko-Land eingestuft. Mit 1.200 Kilometern Küste und einem Territorium, das zu 87 Prozent aus Wüste besteht, ist Algerien sowohl durch den Wasseranstieg als auch die Ausdehnung der Sahara gefährdet. Experten wie Mohamed Senouci, Mitglied des IPCC, oder Dahmane Boucherf des algerischen Zentrums für die Klimatologie warnen ebenso vor einer Erhöhung der Temperaturen von einem bis 1,5 Grad Celsius wie vor einer Senkung der Niederschläge um bis zu 20 Prozent in den nächsten sechs Jahren, die zu Problemen in der Landwirtschaft sowie der Wasserversorgung führen könnten und einen negativen Einfluss auf Gesundheit und Tourismus hätten. Diese Warnung wurde nach der Publikation des fünften Berichts des IPCC auch von den algerischen Medien aufgegriffen, die die Schlussfolgerungen und Bemerkungen des internationalen Gremiums wiedergaben und die algerische Regierung aufforderten, zu handeln. Aufgrund des zur gleichen Zeit laufenden, angespannten Wahlkampfes und der sehr umstrittenen Wiederwahl Abdelaziz Bouteflikas, kam dies neben den zahlreichen Berichten, Analysen und Kommentaren zum Wahlkampf jedoch kaum zum Tragen. Gleichwohl ist und bleibt das Thema von zukunftsrelevanter Bedeutung, so dass auch die Regierung neben der durchaus aktiven Zivilgesellschaft sich diesem Thema verstärkt widmen müssen.

- 1 | Im Vergleich entsprechen die Treibhausgasemissionen für denselben Zeitraum in Deutschland 9,1 Tonnen pro Einwohner und in den Vereinigten Staaten 13,7 Tonnen pro Einwohner. Weltbank, „CO<sub>2</sub> emissions (metric tons per capita)“, <http://data.worldbank.org/indicator/EN.ATM.CO2E.PC/countries> [28.07.2014].
- 2 | Sonke Kref and David Eckstein, *Global Climate Risk Index 2014. Who Suffers Most from Extreme Weather Events? Weather-Related Loss Events in 2012 and 1993 to 2012*, Germanwatch, 11/2013, <http://germanwatch.org/en/download/8551.pdf> [28.07.2014].
- 3 | Maplecroft, „Climate Change Vulnerability Index 2014“, 2013, <http://bit.ly/1km88bB> [28.07.2014].



Das Hybridkraftwerk Hassi R'Mel in der algerischen Provinz Laghouat kombiniert ein solarthermisches Kraftwerk mit einem konventionellen Gas-und-Dampf-Kombikraftwerk.

Dabei fehlte es in der Vergangenheit nicht an verbalen politischen Einlassungen, die der Thematik zumindest deklaratorisch ihren entsprechenden Stellenwert einräumten. Anlässlich der VN-Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 erinnerte der algerische Präsident Bouteflika daran, dass „die Verschlechterung des einstimmig anerkannten Phänomens des Klimawandels dazu geführt hat, dieser Frage höchste Priorität zu geben“. Bereits im Jahre 2000 gründete der algerische Staat, der seit 1993 Mitglied der UNFCCC ist, das Ministerium für Raumordnung und Umwelt, welches eine nationale Umweltstrategie (Stratégie Nationale Environnementale) und einen nationalen Einsatzplan für Umwelt und nachhaltige Entwicklung (Plan National d'Actions Environnementales et du Développement Durable) entwickeln und umsetzen sollte. Im Rahmen der Strategie und des Einsatzplans wurden auch mehrere Agenturen und spezifische Fonds dem Umweltschutz und Klimawandel gewidmet. Interessant ist dabei, dass neben den nationalen Institutionen (unter anderem die Nationale Agentur für den Klimawandel) auch die Regionen mit der Gründung neuer und dezentrierter Stellen einbezogen wurden. So sollen die Direktionen für Umwelt in den Wilayas (Verwaltungsbezirken) für Effizienz und Nähe zur Bevölkerung und die Regionalinspektionsstellen für Energie für Kontrolle sorgen. Neben der institutionellen Ebene hat die Regierung auch den gesetzlichen Rahmen, ob durch internationale oder nationale Instrumente, gestärkt. Algerien trat daher im Jahre 2005 dem Kyoto-Protokoll bei und entwickelte in den letzten Jahren Rahmengesetze und Gesetzbücher wie zum Beispiel das Gesetzbuch der Gewässer. Heute strebt die Regierung an, Umweltschutzmaßnahmen übergreifend in ihren Politikbereich zu integrieren. Dabei sollte das Programm der Europäischen Union zur Anpassung an den Klimawandel, das bis Ende 2014 läuft, den algerischen Staat unterstützen. Der Bereich des Umweltschutzes ist auch einer derjenigen mit massiven Investitionen. In den letzten Jahren wurde besonders in den Zugang zu Trinkwasser, die Regulierung der Nutzung von Pestiziden und in den verantwortlichen Gebrauch der Meeresressourcen investiert. Eines seiner Leitprojekte ist der sehr ambitionöse Fünfjahresplan in Zusammenar-

beit mit Umweltschutzvereinen, der das Fortschreiten der Wüstenbildung in zwölf Wilayas bekämpfen soll. Zu den Vorzeigeprojekten gehört auch das von der EU in Höhe von 34 Millionen Euro finanzierte Programm zum Schutz der algerischen Küste.

Trotz eines gewissen Engagements vonseiten des algerischen Staates bleibt das Land mit Blick auf konkrete Resultate relativ schlecht positioniert. Dem Environmental Performance Index von 2014<sup>4</sup> zufolge besetzt Algerien Platz 92 von 178 Ländern. Diesen hinteren Rang hat der algerische Staat unter anderem seinen schlechten Leistungen in Energiepolitik und Sicherheit zu verdanken. In der Tat wird eine der größten Hürden, die Algerien bevorstehen, der Wandel von einem Energieproduktionsmodell und einer Energiepolitik sein, die weiterhin hauptsächlich auf fossilen Energien beruhen,<sup>5</sup> hin zu einer neuen Orientierung, die Grüne Energien bevorzugt, aber die zugleich auch in der Lage ist, die anwachsende Nachfrage der algerischen Bevölkerung zu befriedigen. Die Notwendigkeit, über fossile und nicht erneuerbare Energien als Fundament der algerischen Energiepolitik hinauszudenken, scheint in den letzten Jahren auch stärker ins Bewusstsein der algerischen Führungskräfte gelangt zu sein. Auf Ebene der Regierung oder des Parlaments haben Entscheidungsträger und Parlamentarier angefangen, nicht nur über die Post-Erdöl-Ära zu diskutieren, sondern auch massiv in erneuerbare Energien zu investieren. Dem Ministerium für Energie zufolge soll der Betrag der zukünftigen Investitionen in diesem Bereich bis 2030 von 60 Milliarden auf 100 Milliarden US-Dollar erhöht werden, um eine Energieerzeugungskapazität von 36.000 Megawatt zu erreichen. Aufgrund seines Potenzials an Solarenergie wendet sich Algerien besonders der Ausstattung von Fotovoltaikanlagen zu. Beispiel dieser neuen politischen Orientierung ist das im Dezember 2011 verabschiedete Abkommen zwischen dem öffentlichen Unternehmen Sologaz und der Desertec Foundation. Von der EU unterstützt sollen im Rahmen dieses Projektes bis 2020 60 Sonnenwärme- und Hybridkraftwerke installiert werden. Ziel des algerischen Staats ist es, bis 2030 rund 40 Prozent seiner Energieproduktion auf der Basis Grüner Energien zu bestreiten. Diese verschiedenen Maßnahmen und die Förderung der erneuerbaren Energien sollen auch durch weitere Fortschritte in der Gesetzgebung begleitet werden. Die Regulierungsinstanz für Gas und Elektrizität

4 | The Yale Center for Environmental Law & Policy und Center for International Earth Science Information Network, „2014 Environmental Performance Index. Country Profile Algeria“, Columbia University, <http://epi.yale.edu/epi/country-profile/algeria> [28.07.2014].

5 | 96 Prozent der heute produzierten Elektrizität in Algerien stammt aus der Erdgasförderung.

kündigte im Mai 2013 die baldige Verabschiedung mehrerer Rechtsverordnungen an. Diese zahlreichen Projekte bleiben jedoch nur Projekte, und darüber hinaus bildet das aktuelle Wirtschaftsmodell den tatsächlichen Wermutstropfen in einer Grünen Wende Algeriens, da das Land weiterhin von der Kohlwasserstoffproduktion abhängig ist. Hinzu kommt, dass trotz der Dringlichkeit eines Wechsels die Entdeckung von Schiefergasquellen den falschen Eindruck einer langfristigen Energiesicherheit vermittelt hat, wodurch sich die Implementierung einer Veränderung in der Wirtschafts- und so auch Energiepolitik verzögert hat. Inwieweit die erneute Wiederwahl von Präsident Bouteflika die weitere Entwicklung der algerischen Klima- und Energiepolitik beeinflussen wird, bleibt noch offen.

Problematisch wird es gleichwohl sein, die Bevölkerung für die erneuerbaren Energien zu gewinnen, deren Produktionskosten zunächst viel höher als die der vom Staat massiv subventionierten Produkte sind, nicht zuletzt dank der hohen Einkommen aus dem Export von Kohlwasserstoff. Solange der Staat traditionelle und nicht erneuerbare Energien massiv subventioniert, ist eine Wende im Verhalten der Bevölkerung trotz vieler Kampagnen der Sensibilisierung eher unwahrscheinlich. Die Leistung, die die deutsche Energiewende darstellt, wird daher anerkannt, ohne, dass sie als ein Model für Algerien präsentiert wird. Für Experten würde die Anwendung des deutschen Modells zu hohe Kosten für die Bevölkerung zeitigen und könnte zudem der steigenden Nachfrage nicht nachkommen.

Diese Einstellung gegenüber der deutschen Energiewende kann auch in der Position Algeriens auf der internationalen Bühne wiedergefunden werden. Einerseits unterstützt und verteidigt Algerien das gemeinsame Handeln, um den Klimawandel in Maßen zu halten,<sup>6</sup> andererseits erkennen die algerischen Repräsentanten, wie die meisten „Entwicklungsländer“ nur eine geringe Verantwortung für das Phänomen an und fordern daher die aus ihrer Sicht historisch verantwortlichen Länder auf, sie durch Mittel- und Technologietransfer zu unterstützen sowie die Anwendung der Regelmechanismen, denen sie sich unterwerfen müssen, für sie flexibler zu gestalten. Dabei wird die Rolle der VN als grundlegend gesehen, und Algerien arbeitet besonders aktiv innerhalb der Foren der VN sowie außerhalb mit den VN-Institutionen auf nationaler Ebene zusammen.

6 | Unter Algeriens Führung haben sich die afrikanischen Länder während der Konferenz in Kopenhagen stark gegen das Ende der Verhandlungen über das Kyoto-Protokoll – als einzigem verbindlichen Text – eingesetzt und die industrialisierten Länder beschuldigt, dessen ‚Tod‘ zu wollen.